



---

---

## **Ausschuss für Bauen und Verkehr**

### **8. Sitzung (öffentlich)**

8. Dezember 2005

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Röken (SPD)

Protokollerstellung: Günter Labes

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

**1 Dringliche Frage**

1

von Dieter Hilser an den Minister für Bauen und Verkehr

Minister Oliver Wittke (MBV) nimmt Stellung und antwortet auf die sich in der Aussprache ergebenden Fragen.

**2 Dringliche Anfrage**

2

von Oliver Keymis (GRÜNE) an den Minister für Bauen und Verkehr

Minister Oliver Wittke (MBV) beantwortet die Dringliche Frage und nimmt zu den sich in der Aussprache ergebenden Wortbeiträgen Stellung.

**3 Aktuelle Viertelstunde**

5

hier: **Ungesicherte Zukunft der Städtebauförderung in NRW**

auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Ausschuss führt zur Zukunft der Städtebauförderung eine Aussprache durch.

- 4 Maßnahmen Herbst/Winter 2005** 9  
Information 14/140  
  
Den Berichten der Deutschen Bahn AG und der Schlichtungsstelle Nahverkehr folgt eine Aussprache.
- 5 Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen** 21  
Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/283  
Stellungnahmen 14/6, 14/8, 14/12 und 14/14  
  
Der Gesetzentwurf der Landesregierung wird mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Grünen angenommen.
- 6 Stadtumbau West** 22  
Vorlage 14/171  
  
Der Ausschuss nimmt einen Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV) entgegen und spricht anschließend über Fragen, die mit dem Stadtumbau West im Zusammenhang stehen.
- 7 Integrierte Gesamtverkehrsplanung** 30  
  
Minister Oliver Wittke (MBV) informiert über das weitere Beratungsverfahren.
- 8 LEG-Bauprojekt Bad Kreuznach** 31  
  
Staatssekretär Günter Kozlowski (MBV) erstattet einen Bericht und beantwortet Fragen aus den Reihen des Ausschusses.
- 9 Personaleinsparungen beim Landesbetrieb Straßenbau** 32  
  
Dem Bericht von Minister Oliver Wittke (MBV) schließt sich eine Aussprache an.

**Minister Oliver Wittke (MBV)** nimmt Stellung, auch das Ministerium sei sehr zufrieden mit der Arbeit der Schlichtungsstelle und wünsche deren Fortsetzung. Über die Einzelheiten, in welchem Umfang beispielsweise das Land diese finanziell unterstützen könne, müsse noch geredet werden. Hinweisen wolle er aber darauf, dass nach einer Überschlagsrechnung jeder der Schlichtungsstelle angetragene Einzelfall rund 50 € kostete. Dieser Betrag stimme nachdenklich.

**Vorsitzender Wolfgang Röken** merkt abschließend an, es sei wichtig, eine offensive Informationspolitik zu betreiben. Dabei sei das Bessere der Feind des Guten. Er hoffe, der Ausschuss werde im nächsten Jahr noch positivere Aussagen hören können. Er bitte die Deutsche Bahn AG und die Schlichtungsstelle, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren.

## 5 Gesetz zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 14/283  
Stellungnahmen 14/6, 14/8, 14/12 und 14/14

**Vorsitzender Wolfgang Röken** teilt mit, der mitberatende Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz habe am 19. Oktober dem Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU und FDP, bei Stimmenthaltung der SPD und gegen die Stimmen der Grünen zugestimmt.

**Bernhard Schemmer (CDU)** hebt heraus, sich in der Kontinuität der Anträge aus der vergangenen Legislaturperiode zu bewegen. Begrüßt werde, dass der Minister dies aufgegriffen habe, um das durchzusetzen, was in der Koalitionsvereinbarung verabredet worden sei. Die Aussagen der kommunalen Spitzenverbände deckten sich mit der bisherigen Argumentation seiner Fraktion.

Aufmerksam machen wolle er auf eine sachlich nicht richtige Darstellung. Auf S. 2 schreibe der Städtetag:

Bei dem Landwirt, der sieben Jahre lang nach Nutzungsaufgabe eines landwirtschaftlichen Gebäudes keine neue Nutzung dieses Gebäudes...

Darin erblicke er einen rechtlichen Denkfehler. Das betreffe den Sachverhalt, dass, wenn der Betriebsinhaber selber das Gebäude nicht genutzt habe, aber andere dieses in Anspruch genommen hätten, in der Vergangenheit schon der Ablauf der Siebenjahresfrist in Gang gekommen sei.

Ein elementarer Punkt dieses Antrages bestehe darin, dass die Umnutzung zu einer geringeren Inanspruchnahme von neuen Siedlungsflächen führe. Die weiteren Argumente könnten im Rahmen der zweiten Lesung im Plenum ausgetauscht werden.

**Karl-Heinz Haseloh (SPD)** kündigt an, dass die SPD-Fraktion diesem Gesetzentwurf zustimmen werde, weil eine Änderung der Grundlage eingetreten sei. In der Begrün-

dung stehe, dass der Bundesgesetzgeber noch unter Rot-Grün andere Rahmenbedingungen geschaffen habe. Über dieses Thema sei in seiner Fraktion bekanntlich immer kontrovers diskutiert worden. Die dazu durchgeführten Anhörungen hätten zum damaligen nicht zwingend das Erfordernis einer Gesetzesänderung ergeben. Aus seiner Sicht laute das Thema aber nicht vorwiegend „Zersiedlung der Landschaft“. Es gehe um vielleicht ein paar Hundert Altfälle. Zudem habe es im Land bei den Regierungspräsidien einen unterschiedlichen Verwaltungsvollzug gegeben. Aus den dargelegten Gründen halte es seine Fraktion für geboten, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen.

**Christof Rasche (FDP)** hebt heraus, die kommunalen Spitzenverbände hätten sich eindeutig positiv geäußert. Diese weiche von der Auffassung der Grünen klar ab. Trotz des Hinweises auf die neue Rechtsgrundlage auf Bundesebene bleibe festzuhalten, dass diese Gesetzesänderung in Nordrhein-Westfalen schon längst hätte eingeführt werden können und nach seiner Auffassung auch hätte eingeführt werden müssen. Er verstehe nicht, warum die SPD diese Änderung nicht schon vor Jahren vorgenommen habe.

## 6 Stadtumbau West

Vorlage 14/171

**Minister Oliver Wittke (MBV)** führt in einer Powerpointpräsentation aus:

In den Jahren 2004 und 2005 werden insgesamt 47 Maßnahmen in das Programm Stadtumbau West aufgenommen. Da die Komplementärfinanzierung der Bundesmittel durch Landesmittel im Jahr 2004 nicht mehr erfolgen konnte, sind alle Maßnahmen erst in diesem Jahr bewilligt worden oder stehen noch bis zum Jahresende zur Bewilligung an.

Ich hatte Ihnen ebenfalls in der letzten Sitzung bereits mitgeteilt, dass ich dem Programm Stadtumbau West eine stärkere Kontur geben möchte, sowohl mit einer inhaltlichen als auch mit einer räumlichen Schwerpunktsetzung. Inhaltlich werden sich die Schwerpunkte im Wesentlichen auf Wohnquartiere mit erheblichen Leerständen, auf Innenstädte und Nebenzentren mit erheblichen Leerständen und auf siedlungsstrukturell bedeutsame Brachen konzentrieren.

Räumlich soll das Programm Stadtumbau West zwar vornehmlich in den altindustriellen Regionen helfen, die mit Schrumpfungsprozessen zu kämpfen haben, aber auch an den Standorten, an denen besonders schwierige lokale Umstrukturierungsprozesse vorzufinden sind.

Als Indikatoren für eine erste Einordnung der gemeldeten Maßnahmen habe ich auf die mir vorliegenden Zahlen zu den Bevölkerungsverlusten der letzten 15 Jahre und der durchschnittlichen Arbeitslosenquote in den Städten und Regionen zurückgegriffen und, wie ich beim letzten Maß ausgeführt habe, drei Kategorien gebildet.